

Für Recht und Humanität

Offener Brief der Träger des Programms „Bleibeperspektiven in Köln“

**Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Vertreter*innen der demokratischen Fraktionen im Rat der Stadt Köln,**

mit Entsetzen und Besorgnis nehmen wir wahr, wie die behördeninterne Kommunikation um die sogenannte „Liste aus Coesfeld“ medial und politisch zugespitzt wird. Vermutungen werden von einzelnen Medien und einzelnen politischen Kräften als Fakten dargestellt, Sachverhalte, die in keinem Zusammenhang stehen, in Verbindung gesetzt, Schlussfolgerungen gezogen, die der komplexen aufenthaltsrechtlichen Situation der betroffenen Menschen nicht gerecht werden. So entsteht der Eindruck, die Kölner Ausländerbehörde habe geltendes Recht massiv verletzt oder Abschiebungen pauschal verhindert.

Wir halten es für wichtig, die vom Oberbürgermeister veranlasste Prüfung abzuwarten und die Vorgänge auf einer gesicherten Tatsachengrundlage zu bewerten. Unabhängig von der Prüfung geben wir folgende Stellungnahme ab: Die Beschaffung von Passersatz- bzw. Rückreisedokumenten durch eine Zentrale Ausländerbehörde zum Zweck einer Abschiebung ist nicht gleichzusetzen mit der Klärung der Identität oder der Beschaffung eines regulären Passes im Rahmen aufenthaltsrechtlicher Mitwirkungspflichten. Ebenso bedeutet eine bestehende Ausreisepflicht nicht automatisch, dass eine Abschiebung im konkreten Einzelfall rechtlich und tatsächlich möglich ist. Rechtliche Abschiebungshindernisse, etwa aufgrund des Schutzes von Ehe und Familie oder des Privat- und Familienlebens, sind eigenständig zu prüfen.

In den Berichten wird immer wieder das Bleiberechtsprogramm angegriffen. Das Programm gibt es seit Oktober 2018 und wurde noch im September des letzten Jahres mit breiter Zustimmung der demokratischen Ratsfraktionen verlängert. Es richtet sich primär an langzeitgeduldete Menschen mit dem Ziel, diese von dem Schwebezustand der Duldung in ein geregeltes Verfahren zu überführen und damit aufenthaltsrechtlich und sozial Perspektiven zu eröffnen. Dazu gehören ausdrücklich auch Identitätsklärung und die Erfüllung bestehender Mitwirkungspflichten. Menschen, die für schwere Straftaten rechtskräftig verurteilt werden haben keinen Zugang zu diesem Programm. Programmteilnehmende, die wegen schwerer Straftaten rechtskräftig verurteilt werden, scheiden aus.

Recht und Humanität sind die Pfeiler dieses Programms und über all die Jahre war man sich im Rat einig: Die Förderung gesellschaftlicher Teilhabe und Integration bei gleichzeitiger Entlastung sozialer Sicherungssysteme ist integrationspolitisch, sozial und finanziell überaus sinnvoll.

Das Programm schafft **keine eigenen Bleiberechtsregelungen außerhalb des Aufenthaltsgesetzes** und garantiert keine Aufenthaltserlaubnis. Aufenthaltstitel werden ausschließlich auf Grundlage der gesetzlichen Voraussetzungen erteilt.

Dazu ein paar aktuelle Zahlen:

- Aktuell werden im Bleiberechtsprogramm 1200 Menschen beraten.
- 250 Menschen wurde innerhalb der letzten 12 Monate eine Aufenthaltserlaubnis erteilt (ursprünglich waren 100 Titelerteilungen jährlich angestrebt).
- Bereits bei 100 Titelerteilungen jährlich wurde ein Einsparpotenzial bei Sozialleistungen von bis zu 900.000 Euro errechnet. Dem steht ein Fördervolumen von 410.000 Euro gegenüber. Die enge Zusammenarbeit zwischen Trägern und Ausländerbehörde sorgt für eine gut funktionierende Beratungsstruktur, die sich auch bei hohen Fallzahlen trägt.

Umso besorgter sind wir, dass diese Debatte zu einem Zeitpunkt stattfindet, zu dem die kommunalen Mittel für Beratungsangebote ohnehin unter erheblichem Kürzungsdruck stehen. Damit sind auch Strukturen gefährdet, die wesentlich zum Erfolg des Bleiberechtsprogramms beitragen

Darum unser dringender Appell an den Oberbürgermeister und die demokratischen Parteien in Köln: Bitte sorgen Sie dafür, dass die aktuelle Debatte auf Grundlage der tatsächlichen und rechtlichen Zusammenhänge geführt wird. Setzen Sie das Bleiberechtsprogramm mit den bereits eingebundenen Trägern und auf Grundlage der bisher zugesagten Mittel fort.

Köln braucht eine Migrationspolitik, die geltendes Recht in seiner Gesamtheit anwendet und Recht und Humanität miteinander verbindet. Geben Sie diesen Strukturen den notwendigen politischen Rückhalt.

Caritasverband für die Stadt Köln e.V.

Claudia Metternich, stellvertretende Geschäftsfeldleitung Integration

Diakonisches Werk Köln und Region gGmbH

Annette de Fallois, Leitung Fachdienst Migration

Kölner Flüchtlingsrat e.V.

Claus-Ulrich Prölß, Geschäftsführer

Rom e.V.

Simone Treis, Zweite Sprecherin des Rom e.V.

